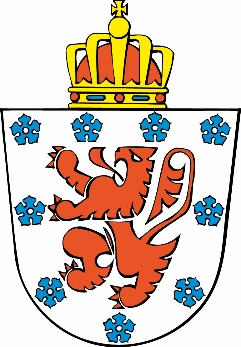
****

**BESCHLUSS DER REGIERUNG ZUR KONFORMITÄTSERKLÄRUNG NACH FERTIGSTELLUNG DER ARBEITEN**

Die Regierung,

Aufgrund des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung (im Folgenden Gesetzbuch genannt);

Aufgrund des Buches I des Umweltgesetzbuches;

In Erwägung, dass auf der Grundlage der konformen Dekrete der Wallonischen Region vom 06/05/2019 und der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 29/04/2019, die Kompetenz in Bezug auf die Raumordnung auf die Deutschsprachige Gemeinschaft am 01/01/2020 übertragen wurde;

In Erwägung, dass der Antragsteller über eine gültige Städtebaugenehmigung vom **…** verfügt für ein Gut gelegen in **…**;

Katasterangaben: **…Gemarkung … Flur … Nr. …**

Betreffend **…**;

In Erwägung, dass die Anfrage auf Konformitätserklärung in Anwendung des Artikels **D.IV.73-1** des Gesetzbuches beim zuständigen Dienst am … eingereicht worden ist;

In der Erwägung, dass sich das Gut auf den koordinierten Sektorenplänen der Deutschsprachigen Gemeinschaft befindet;

In Erwägung, dass sich dieses Gut ebenfalls:

* …

befindet;

In Anbetracht, dass die folgenden baulichen Maßnahmen nicht beendet oder nicht durchgeführt oder anders durchgeführt wurden:

* …

und dies wie folgt begründet wurde:

* …

In Anbetracht, dass folgenden Bedingungen der gültigen Städtebaugenehmigungen auferlegt waren:

* …

Aus den vorerwähnten Gründen,

**B E S C H L I E ẞ T :**

**Artikel 1**: Die von dem Antragsteller angefragte Konformitätserklärung wird **erteilt / verweigert.**

1. Eine Ausfertigung des vorliegenden Beschlusses wird dem Antragsteller und dem Gemeindekollegium der Gemeinde übermittelt.

**Artikel 3:** Der vorliegende Beschluss befreit nicht von der Anforderung, Genehmigungen oder Erlaubnisse zu beantragen, die durch andere Gesetze oder Vorschriften vorgeschrieben sind.

Eupen, den .............................................

Die Regierung

**Beschwerdemöglichkeit**

Gemäß dem Dekret vom 26. Mai 2009 zur Schaffung des Amtes einer Ombudsperson für die Deutschsprachige Gemeinschaft ist die Ombudsperson zuständig, Beschwerden über die Arbeitsweise und die Amtshandlungen der Verwaltungsbehörden in ihren Beziehungen zu den Bürgern zu untersuchen und in den bestehenden Konflikten zu vermitteln.

Die Beschwerde ist ohne Formvorgabe der Ombudsperson, *Platz des Parlaments 1, 4700 Eupen*, (Telefon: 0800/98759, beschwerde@dg-ombudsdienst.be) zu übermitteln. Eine Beschwerde bei der Ombudsperson hat für den Beschwerdeführer eine aussetzende Wirkung auf die Klagefrist vor dem Staatsrat (siehe unten). Die Leistungen der Ombudsperson sind für den Beschwerdeführer kostenfrei.

Für weitere Informationen: *https://www.dg-ombudsdienst.be*

**Rechtsbehelf**

Gemäß den koordinierten Gesetzen über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 kann gegen Rechtshandlungen der Verwaltungsbehörden eine Nichtigkeitsklage beim Staatsrat eingereicht werden. Die Klage wird eingereicht wegen Verletzung wesentlicher oder unter Androhung der Nichtigkeit auferlegter Formvorschriften, wegen Befugnisüberschreitung oder wegen Befugnismissbrauch.

Die unterschriebene Klage hat innerhalb einer Frist von 60 Tagen nach Mitteilung der Entscheidung entweder mittels Einschreibebriefs bei der Kanzlei des Staatsrates, *rue de la Science 33, 1040 Brüssel*, oder auf elektronischem Weg (https://eproadmin.raadvst-consetat.be) zu erfolgen. Der Gegenpartei wird eine Abschrift der Klage zur Information zugesendet. Pro klagende Partei ist eine Gebühr von 200 EUR zu entrichten.

Durch eine bei der Ombudsperson eingereichte Beschwerde gegen die vorliegende Rechtshandlung wird für den Beschwerdeführer die Klagefrist vor dem Staatsrat ausgesetzt. Die verbleibende Frist setzt entweder zu dem Zeitpunkt ein, zu dem der Beschwerdeführer von der Entscheidung in Kenntnis gesetzt wird, dass seine Beschwerde von der Ombudsperson nicht behandelt wird oder abgewiesen wird, oder nach Ablauf einer Frist von vier Monaten, die ab Einreichung der Beschwerde einsetzt, wenn die Entscheidung nicht früher getroffen worden ist. In letzterem Fall weist der Beschwerdeführer dies durch eine Bescheinigung der Ombudsperson nach.

Für weitere Informationen: *http://www.raadvst-consetat.be*

**Datenschutz**

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, *Gospertstraße 1, 4700 Eupen*, ist verantwortlicher Verarbeiter Ihrer Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (EU) Nr. 2016/679 vom 27. April 2016 und dem Gesetz vom 30. Juli 2018 über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten. Es verwendet diese Daten nur für den angegebenen Zweck und die angegebene Dauer. Ihre Persönlichkeitsrechte erfahren daher eine besondere Beachtung. Sie verfügen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben über folgende Rechte: Auskunft, Berichtigung oder Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und Datenübertragbarkeit. Sie erreichen unseren Datenschutzbeauftragten, Herrn Wilfried Heyen, unter *datenschutz@dgov.be*. Für weitere Informationen: *https://www.ostbelgienlive.be/datenschutz*

Datenschutz-Beschwerden können an die Datenschutzbehörde, *Rue de la Presse 35, 1000 Brüssel*, gerichtet werden. Für weitere Informationen: [*https://www.datenschutzbehorde.be*](https://www.datenschutzbehorde.be)

**AUSZÜGE AUS DEM GESETZBUCH ÜBER DIE RÄUMLICHE ENTWICKLUNG**

***Art. D.IV.70***

[Eine Bekanntmachung, dass die Genehmigung erteilt worden ist oder dass die Handlungen und Arbeiten Gegenstand des Wortlauts eines der folgenden Dokumente sind, wird durch den Antragsteller auf dem Grundstück entlang der Straße aufgestellt und muss von dort aus lesbar sein:

1. der in Artikel D.IV.73.1 §2 angeführte Beschluss;

2. der in Artikel D.IV.73.2 angeführte Beschluss;

3. das in Artikel D.VII.15 oder D.VII.22 erwähnte Urteil;

4. der in Artikel D.VII.18 §2 Nummern 1 oder 2 angeführte Beschluss;

5. die in Artikel D.VII.19 §1 angeführte Anordnung.

Wenn es sich um auszuführende Arbeiten handelt, muss diese Bekanntmachung vor Beginn der Arbeiten und während ihrer gesamten Dauer auf der Baustelle angeschlagen sein. In den anderen Fällen muss die Bekanntmachung bereits bei den Vorbereitungen angebracht werden, ehe die Handlung(en) ausgeführt wird (werden) und während der gesamten Dauer ihrer Ausführung. Innerhalb dieses Zeitraums müssen die Genehmigung und die anhängende Akte bzw. eine durch die Gemeinde oder die Regierung für gleichlautend bescheinigte Abschrift dieser Dokumente oder die in Absatz 1 erwähnten Dokumente den gemäß Artikel D.VII.3 bestimmten Bediensteten am Ort der Ausführung der Arbeiten bzw. Handlungen ständig zur Verfügung stehen.

In Abweichung von Absatz 2 wird die Bekanntmachung einer Teilungsgenehmigung innerhalb von zehn Tagen ab Erhalt durch den Antragsteller aufgestellt und während einer Dauer von zwanzig Tagen beibehalten.

Bei Genehmigungen für Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummern 1 bis 5 enthält die Bekanntmachung eine 3D-Visualisierung des städtebaulichen Projekts. Bei Genehmigungen für Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.2 enthält die Bekanntmachung eine Abbildung der geplanten Parzellenaufteilung und gegebenenfalls den grafischen Ausdruck der Ziele der Raumordnung und des Städtebaus für den betroffenen Teil des Gebiets.

Der Antragsteller lässt der zuständigen Behörde per E-Mail oder per Schreiben spätestens am Tag nach Beginn des Anschlags ein Foto zum Beweis des Anschlags zukommen.][[1]](#footnote-1)

***Art. D.IV.73.1***

[§1 - Gemäß den Bestimmungen, die von der Regierung erlassen werden können, erteilt die Regierung innerhalb einer Frist von fünfundsiebzig Tagen ab der Anfrage, die von dem Genehmigungsinhaber oder dem Eigentümer des Gutes an die Regierung gerichtet wird, eine Konformitätserklärung, wenn die Handlungen oder Arbeiten nach Ablauf der Frist, innerhalb der sie beendet sein sollten, beendet sind und den Vorschriften der erteilten Genehmigung entsprechen.

Die Regierung verweigert die in Absatz 1 erwähnte Erklärung, wenn die Handlungen oder Arbeiten nach Ablauf der Frist, innerhalb der sie beendet sein sollten, nicht beendet sind oder wenn sie nicht gemäß den Vorschriften der erteilten Genehmigung ausgeführt worden sind. In diesem Fall listet sie die Handlungen oder Arbeiten auf, die noch nicht ausgeführt worden sind, und die Punkte, in denen die Vorschriften der erteilten Genehmigung nicht eingehalten worden sind.

Wenn sie existieren und nicht bereits hinterlegt wurden, werden der Anfrage vom Architekten gegengezeichnete Konformitätspläne, der in Artikel D.IV.73 erwähnte Fotobericht und gegebenenfalls eine Begründung im Hinblick auf die in §2 genannten Bedingungen beigefügt.

Die Regierung kann den Inhalt des Antrags auf Konformitätserklärung festlegen.

§2 - Im Rahmen der in §1 erwähnten Erklärung kann die Regierung mittels Begründung Handlungen oder Arbeiten, die den Vorschriften nicht entsprechen, als konform erklären, wenn:

1. es sich um Änderungen handelt, die aus technischen Gründen gerechtfertigt sind, das Vorhaben in seinen Grundzügen nicht beeinflussen und direkt oder indirekt die Gefahren, Belastungen oder Nachteile auf den Menschen oder die Umwelt nicht erhöhen;

2. oder es sich um Handlungen oder Arbeiten im Sinne von Artikel D.IV.1 §2 handelt.

Betreffen die in Absatz 1 erwähnten Handlungen oder Arbeiten ein in Artikel D.IV.14.1 genanntes Gut, wird vor der Erklärung ein gleichlautendes Denkmalgutachten eingeholt.

Betreffen die in Absatz 1 erwähnten Handlungen oder Arbeiten Bedingungen der Genehmigung, die durch das Gemeindekollegium auferlegt wurden, wird vor der Erklärung das Gutachten des Gemeindekollegiums eingeholt.

In Abweichung von den Artikeln D.IV.37 bis D.IV.39 werden die in den Absätzen 2 und 3 genannten Gutachten innerhalb von dreißig Tagen nach dem Versand der Anfrage übermittelt. Nach Ablauf dieser Frist gilt das Gutachten als günstig.

Eine Abschrift der Erklärung wird allen Instanzen übermittelt, die zum Vorhaben eine Stellungnahme abgegeben haben.][[2]](#footnote-2)

1. *Art. D.IV.70 ersetzt D. 21.11.22, Art. 110 - Inkraft: 01.02.23* [↑](#footnote-ref-1)
2. *Art. D.IV.73.1 eingefügt D. 21.11.22, Art. 114 - Inkraft: 01.02.23* [↑](#footnote-ref-2)